

Romani Rose

"Antiziganismus und Hassrede in den Medien"

**Virtuelle Konferenz (ERIAC, AA, Europarat,
Zentralrat)**

Online, 10. März 2021

Sehr geehrte Frau Samartschitsch-Markowitsch,
sehr geehrte Frau Jourova,
sehr geehrter Herr Jovanovic,
sehr geehrte Frau Mirga-Kruselnicka,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung und bin sehr froh,
heute mit dieser Videobotschaft zur Eröffnung der
virtuellen Konferenz einige Worte an Sie richten zu
können und unserer Sorge über „Antiziganismus und
Hassrede in den Medien“ Ausdruck zu verleihen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben in
Zeiten, in denen in unserem Land und in ganz Europa
Nationalismus, Antiziganismus und Antisemitismus

wieder zunehmen und Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion angegriffen und auch ermordet werden. Daher müssen wir gerade heute besonders wachsam sein und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequent entgegentreten - gerade und besonders nach den Erfahrungen des staatlich organisierten Zivilisationsbruchs des Holocausts an 500.000 Sinti und Roma und sechs Millionen Juden.

Einschlägige Untersuchungen zur Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma, zeigen immer wieder, dass Antiziganismus als gesellschaftliches Problem in der breiten Bevölkerung kaum Beachtung findet, obwohl die Ablehnung von Sinti und Roma in Umfragen die höchsten Zustimmungszahlen erreichte.

Die Ursachen für diese hohe Ablehnung liegen zu einem großen Teil an der fortgesetzten stigmatisierenden Ausgrenzung und Darstellung der Minderheit in den Medien.

Filmmacher, Journalisten, Fotografen und andere Meinungsmacher tragen eine große gesellschaftliche Verantwortung, denn sie prägen mit diesen Stigmatisierungen direkt durch ihre Arbeit das Bild, das die Mehrheit der Bevölkerung von den Angehörigen unserer Minderheit hat. Dieses Bild ist beeinflusst von über Jahrhunderte tradierten Klischees. Klischees, die von den Nationalsozialisten zu einer Rassenideologie geformt wurden und die bis heute in den Köpfen der Medienkonsumenten tief verwurzelt sind. Positive Gegenbilder zu diesen Klischees in den Medien sind die Ausnahme.

Der Zentralrat hat deshalb in den letzten Jahren harte Auseinandersetzungen mit dem deutschen Presserat, Redaktionen, Medienanstalten sowie Rundfunk- und Medienräten geführt, die bisher kaum ein Bewusstsein für den in unserer Gesellschaft verankerten Antiziganismus zeigen.

Teil der journalistischen Sorgfaltspflicht sollte gerade nach den Erfahrungen des Holocaust eine besondere Sensibilität gegenüber antiziganistischen Darstellungen

und Aussagen sein. Dennoch erleben wir im Hinblick auf unsere Kritik an die Stigmatisierungen und Respektlosigkeit so gut wie nie eine selbstkritische Reflexion. Die Reaktionen der Senderverantwortlichen nach der jüngsten Kritik an der WDR-Sendung „Die letzte Instanz“ bilden hier eine positiv hervorzuhebende Ausnahme, weil hier der Sender zusicherte, entsprechende Entschlüsse zu fassen, die eine derartige Sendung in Zukunft verhindern.

In der Regel werden unsere Beschwerden jedoch abgewiesen. Dies ist verantwortungslos und stärkt nicht nur antiziganistische Vorurteile in der Gesellschaft, es belastet auch das Leben der Sinti und Roma in Europa, die ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung nur in der Anonymität wahrnehmen können.

So werden zum Beispiel Vorwürfe gegen Einzelne der Minderheit immer noch, trotz ihrer Staatsbürgerschaft, mit ihrer Abstammung verknüpft. Damit wird, wie wir aus der Geschichte wissen, die gesamte Minderheit stigmatisiert und kriminalisiert. In einem Rechtsstaat ist

jeder persönlich für seine Handlungen verantwortlich,
niemals die gesamte Gruppe, der er oder sie angehört.

Der Zentralrat fordert seit vielen Jahren, dass auch Angehörige unserer Minderheit in den Rundfunk- und Landesmedienräten mit ihrer Kompetenz vertreten sind. Nur im Rundfunkrat des Südwestdeutschen Rundfunks ist unser rheinland-pfälzischer Landesverband vertreten. Hierbei sehen wir mit Hinblick auf das „Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ insbesondere auch den Europarat in der Verantwortung, stärker darauf hinzuwirken, dass auch Angehörige unserer Minderheit in solchen wichtigen Gremien in ihren Heimatländern vertreten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ächtung des Antiziganismus die Aufgabe der Politik und unserer gesamten Gesellschaft. Die politische Verantwortlichen müssen den Antiziganismus endlich genauso ächten wie den Antisemitismus. Das sind wir der europäischen Geschichte nach dem Zivilisationsbruch der Nazi-Barbarei und der Teilung Europas schuldig.

Es ist die Aufgabe der Europäischen Union und des Europarates, dass die Mitgliedsstaaten diese Werte auch für Sinti und Roma durchsetzen, denn wir sind seit vielen Jahrhunderten Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatländer.

Haben Sie vielen Dank.